

Brüssel, den 23. Juli 2003

**PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 17. JULI 2003 ÜBER DIE STÄDTISCHE DIMENSION
DER ZUKÜNFTIGEN KOHÄSIONSPOLITIK**

An der unter dem Vorsitz von Herrn Michel Barnier, zuständiges Kommissionsmitglied für Regionalpolitik, durchgeführten Arbeitssitzung nahmen Vertreter von Organisationen der Regionen und der Städte sowie Experten in Fragen der Städtepolitik und der Strukturfonds teil.

Der Kommissar eröffnete die Sitzung mit einigen Bemerkungen hinsichtlich der Debatte zur zukünftigen Kohäsionspolitik:

Der Zeitplan:

- Die Kommission wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus verschiedenen Arbeitsgruppen, die von Kommissionsmitgliedern geleitet wurden, seinen Bericht über die politischen und finanziellen Perspektiven für die nächste Programmperiode im Herbst zeitgleich mit dem 3. Kohäsionsbericht annehmen.
- Die Entscheidungen über die neue Kohäsionspolitik und ihr Budget sollten Ende 2005 getroffen werden, damit im Jahr 2006 die Programmierung erfolgen kann.

Derzeitiger Diskussionsstand

- Das Spektrum der Meinungen variiert zwischen Erhalt und gleichzeitiger Modernisierung der derzeitigen Kohäsionspolitik für einige, über die Reduktion der Budgetzuteilung für andere, bis zur Abschaffung der Kohäsionspolitik mit Ausnahme einer Hilfe für die am stärksten vom Entwicklungsrückstand betroffenen Gebiete.

Es handelt sich also um eine wirkliche Debatte, in der ständig der Nachweis für den europäischen Mehrwert der Kohäsionspolitik erbracht werden muss.

In der folgenden Diskussion zum Städtethema in den Strukturfonds geht es um folgende 4 Punkte:

- Die Lehren, die aus den aktuellen Programmen gezogen werden können.
- Die Prioritäten für zukünftige Interventionen.
- Der Mehrwert einer Intervention der Gemeinschaft im städtischen Bereich.
- Die Strategie und Umsetzungsmethoden, wo städtische Frage betroffen sind.

1. Die Lehren, die aus den aktuellen Programmen gezogen werden können.

Die Gemeinschaftsinitiative URBAN erfüllt ihre innovative und demonstrative Rolle durch :

- eine innovative Methode insbesondere mit einem integrierten (durch Interventionen im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich) und partnerschaftlichen Ansatz.
- eine weit über der finanziellen Ausstattung liegenden Wirkung (Hebelwirkung).
- eine politische Auswirkung insbesondere in Hinblick auf das Regieren und die Verwaltung in den Städten: Partnerschaften mit Institutionen und mit der Zivilgesellschaft innerhalb der Projekte, welche auf lokaler Ebene entschieden und umgesetzt werden.
- einen Lernzirkel durch den die Verbreitung der Kultur und des Wissens über Stadtentwicklung erfolgt.
- eine große Sichtbarkeit der gemeinschaftlichen Interventionen im Rahmen der Regionalpolitik aber auch in anderen Gemeinschaftsinterventionen.
- einen direkten Kontakt zwischen den Städten und der Kommission, wodurch die Städte somit als Hauptakteure der Gemeinschaftspolitiken fungieren.
- eine verwaltungstechnische Vereinfachung insbesondere durch den Monofonds Ansatz.

Sie weist jedoch ebenfalls Schranken auf:

- Sie ist zu bescheiden bezogen auf die betroffene Bevölkerungsanzahl sowie die Finanzausstattung im Vergleich zu den Herausforderungen, denen die Städte gegenüberstehen. Ihre Interventionen sind räumlich und zeitlich zu limitiert.
- Ihr Handlungsrahmen umfasst, aufgrund rechtlicher Einschränkungen sowie in der Praxis nicht die für die Stadterneuerung wichtigen Themen wie Wohnungsbau oder Verkehr.
- Die Legitimität einer gemeinschaftlichen Intervention zu den Fragen der innerstädtischen Disparitäten erscheint aufgrund der Subsidiarität für einige Teilnehmer fraglich.
- Die unterschiedlichen Bedingungen, denen die europäischen Städte ausgesetzt sind, können nicht mit einem einheitlichen Ansatz angegangen werden.

Die regionalen "mainstream" Programme, insbesondere die Ziel-2 Programme beinhalten eine bedeutende städtische Komponente:

- In den Programmen, in denen der städtische Anteil überwiegt, werden ähnliche Themen wie unter URBAN behandelt, allerdings mit bedeutend mehr finanziellen Mitteln.
- Sie erlauben den Städten, an horizontalen Maßnahmen teilzunehmen, u.a. technologische Innovation, Umwelt und effiziente Energienutzung. Diese Themen haben eine große Auswirkung auf städtische Gebiete.

Auf der anderen Seite sind sie wenig darauf ausgerichtet, den lokalen Gegebenheiten, insbesondere bei der Bekämpfung der Ausgrenzung gerecht zu werden, da die

Entscheidungen zu weit ab der Realität vor Ort erfolgen und mit lokalen Aktionen nicht in Einklang zu bringen sind. In den meisten Fällen sind die Städte nicht in die Programmverwaltung mit einbezogen.

2. Zukünftige Prioritäten für Interventionen:

Zukünftig sollten Gemeinschaftsinterventionen im städtischen Bereich:

- Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion verbinden, wobei vermieden werden sollte, die Städte in einen Wettbewerb untereinander zu bringen. Ebenso sollte ihre Entwicklung nicht zu Lasten der sie umgebenden Region geschehen, sondern zu ihrer Entwicklung beitragen. In diesem Zusammenhang sollten Investitionen innerhalb der Stadt eine "Brückenfunktion" haben, die die Stadt für die umliegende Region öffnet.
- Artikulation eines sowohl an den Bedürfnissen als auch an den Möglichkeiten orientierten Ansatzes. Dies bedeutet, dass die Probleme auf der dafür geeigneten Ebene angegangen werden, der des Ballungsgebietes, das sowohl die Gebiete umfasst, in denen die Probleme bestehen, sowie auch jene, in denen potenzielle Lösungen gefunden werden können.
- Soll die Frage des sozialen Zusammenhalts in den Städten eine Priorität der Gemeinschaft sein? Sollte diese Frage vom Blickwinkel der Subsidiarität aus betrachtet nicht eher durch eine Umverteilung von Finanzmitteln auf lokaler Ebene behandelt werden? Die Verträge zur Union geben keine eindeutige Antwort auf diese immer wiederkehrende Frage. Zahlreiche Gemeinschaftspolitiken haben, ohne ausdrücklich auf die Städte abzielen, einen direkten Einfluss auf die Städte: z.B. hat die Einwanderungspolitik eine direkte Auswirkung auf die Bevölkerungsgruppe der Migranten, die ihre Chance dort versucht, wo die Beschäftigungsmöglichkeiten am besten sind, nämlich in den Städten.
- Es wäre ratsam die Gemeinschaftsinterventionen nicht auf Mängelbeseitigung zu beschränken, sondern die zukünftigen Probleme zu antizipieren, indem man gefährliche Entwicklungen genau beobachtet. Seit der Erstellung der aktuellen Programmleitlinien haben sich gewisse Entwicklungstrends in den Städten verstärkt, die bei der zukünftigen Programmierung in Betracht gezogen werden sollten. Beispiele hierfür sind die städtische Zersiedelung, die Überalterung der Bevölkerung, der Einwanderungsdruck usw.
- Eine gewisse Flexibilität wäre nötig, so dass die Prioritäten je nach Bedeutung / Schwere der Probleme ausgewählt werden können. Dies könnte z.B. durch einen "Menü"-Ansatz erfolgen.
- Die Lösungen für viele städtische Probleme liegen teilweise in den Sektorpolitiken, die den regionalen und lokalen Bedürfnissen entsprechend angepasst werden sollten. Die Beschäftigungspolitik ist z.B. eher ein regionales Thema, wohingegen die jeweiligen Aktionen, die die Partnerschaft mit den Institutionen und mit dem privaten Sektor umfassen aber lokal umgesetzt werden.

- Die Kooperation und der Erfahrungsaustausch zwischen den Städten sollten weitergeführt und weiterentwickelt werden. Es sollten alle Programme, die das Lernen der Programmakteure unterstützen, weiter ausgebaut werden.

3. Der Mehrwert einer gemeinschaftlichen Intervention im städtischen Bereich

Folgende Argumente wurden von den Teilnehmern zur Rechtfertigung einer Gemeinschaftsintervention für die Städte vorgetragen:

- Die Mehrheit der Gemeinschaftspolitiken hat einen Einfluss auf die Städte. Eine Intervention durch die Europäische Union in städtischen Belangen erfolgt seit langer Zeit, ohne dass die Frage nach dem Mehrwert ausdrücklich gestellt wurde. Zahlreiche Entwicklungen, die durch die europäische Integration hervorgerufen oder verstärkt wurden, haben einen starken Einfluss auf die Städte; wodurch ein gemeinschaftlicher Ansatz gerechtfertigt ist, um allfälligen Beeinträchtigungen entgegenzuwirken.
- Es ist inzwischen weithin anerkannt, dass der gebietsmäßige Aspekt der Kohäsion ein integraler Bestandteil des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts ist und somit eine gemeinschaftliche Intervention rechtfertigt.
- Im Bereich der Kooperation und beim Erfahrungsaustausch zwischen den europäischen Städten ist der Mehrwert am unmittelbarsten sichtbar. Die Sitzungsteilnehmer stimmten dieser Ansicht zu.
- Die großen internationalen Organisationen, wie die UNO (Habitat Programm) oder die Weltbank (Programm für Stadtentwicklung) betreiben Städtepolitik. Es ist daher unvorstellbar, dass die Europäische Union, die direkte Verbindungen zu den Akteuren vor Ort hat, nicht ein eigenes Politikinstrument zu diesem Thema besitzt.
- Das Projekt der europäischen Integration richtet sich vornehmlich an die Städte. Sie sind die Wiege der Demokratie. Die Gemeinschaftsinterventionen insbesondere in den Städten der neuen Mitgliedstaaten werden als Nebeneffekt die Stärkung des demokratischen Prozesses haben.
- Die große Mehrheit der Europäer lebt in Städten. Dort wird die Mehrheit der Entscheidungen getroffen, die das tägliche Leben der Bürger sowie die Entwicklung von Stadt und umliegenden Regionen bestimmen.
- In den Städten wird die EU für die Bürger am sichtbarsten. Dies sollte nicht vergessen werden, solange das Europäische Integrationsvorhaben an einem Wissens- und Anerkennungsdefizit durch die europäischen Bürger leidet.

4. Strategie und Umsetzungsmethoden der zukünftigen Programme, dort wo städtische Fragen betroffen sind.

- Der englische Begriff des «mainstreaming» im Zusammenhang mit den Strukturfondsinterventionen bedeutet die Übernahme und Anwendung von innovativen Aspekten aus kleineren Programmen wie der Gemeinschaftsinitiative URBAN in die großen Regionalprogramme. Dieser innovative Sinngehalt muss deutlich unterstrichen werden, wenn wir in der Folge die mehrheitlich

abgegebenen Stellungnahmen für eine Überführung von Stadtentwicklungsmaßnahmen in die Regionalprogramme erläutern.

- Eine Mehrheit hat sich zugunsten des «mainstreaming» der zukünftigen städtischen Aktionen unter folgenden Bedingungen ausgesprochen:
 - Die städtische Agenda und die Methode von URBAN (insbesondere der integrierte Ansatz und die lokalen Partnerschaften) nicht aus dem Blickfeld verschwinden zu lassen.
 - Finanzielle Zuweisungen für städtische Aktionen und städtische Gebiete zu garantieren, z.B. in Form von Globalzuschüssen, die durch die Städte verwaltet werden sollten.
 - Verantwortung der Städte für die Verwaltung jener Teile von Programmen, welche sie betreffen. Die Rolle der Programmleitung sollte vom behandelten Thema und den Zuständigkeiten der jeweiligen Institutionen abhängen. Dieser Logik folgend, wurde der Gedanke geäußert, dass Regionalprogramme mit einer dominanten städtischen Komponente von der wichtigsten Stadt in der Region oder durch ein Städtekonsortium verwaltet werden könnten.
 - Keine Begrenzung des «mainstreaming» der städtischen Aktionen auf die Programme im Rahmen der Regionalpolitik, sondern Ausweitung auf andere Gemeinschaftspolitiken, die entscheidend für die Zukunft der Städte sind, wie u.a. die Verkehrspolitik.

- Dennoch wird die Beibehaltung eines zusätzlichen Programms wie das der Gemeinschaftsinitiative URBAN für die Durchführung "weicher" Aktionen von einigen Teilnehmern gewünscht, insbesondere für:
 - Die Städte in den neuen Mitgliedstaaten, sowie die Behandlung
 - spezifischer Themen, welche neue oder weiter wachsende Herausforderungen für die Städte bringen werden, wie z.B. der Einwanderungsdruck.

- Städtische Aktionen im «mainstream» würden in die regionale Entwicklungsstrategie integriert werden und über das regionale bis hin zum lokalen Niveau herunterdekliniert werden. Die Auswahl der Interventionsthemen sollte den lokalen Gebietskörperschaften überlassen werden, bemessen nach den lokalen Realitäten und Strategien.

- Die Interventionen sollten große Städte nicht bevorzugen, sondern die Probleme von kleinen und mittleren Städten in Betracht ziehen, die oft größere Bedürfnisse haben und bei der Entwicklung der Regionen oft ebenfalls eine gleich wichtige Rolle wie die großen Städte spielen.

- Die Kooperation und der Austausch von Erfahrungen auf der Basis konkreter Projektarbeit sollten weitergeführt und intensiviert werden. Es handelt sich dabei um einen gemeinsamen Gedankenaustausch über die Verwaltung der Städte und über bei der konkreten Projektdurchführung vor Ort gewonnene Erfahrungen.